

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

19.6.1931 (No. 140)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, anwaltlicher Vertretung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der englische Gegenbesuch

Fortsetzung der Aussprache von Chequers

Der englische Premierminister Macdonald und Außenminister Henderson werden am 17. Juli zu ihrem Gegenbesuch in Berlin eintreffen. Für den Aufenthalt sind drei Tage, der 17., 18. und 19. Juli, vorgesehen. In Berliner politischen Kreisen wird es begrüßt, daß der Besuch, den man in der Öffentlichkeit vielfach erst im Herbst für möglich hielt, nun doch schon in vier Wochen erfolgen soll und daß daran nicht nur der englische Außenminister, sondern auch Macdonald selbst beteiligt sein wird. Ebenso wie vor dem Besuch der deutschen Minister in England, müsse auch heute daran gearbeitet werden, von der neuen Zusammenkunft außerordentliche Ergebnisse zu erwarten. Das Berliner Besuchen sei das natürliche Gegenstück zu Chequers. Es biete Gelegenheit, die dort begonnene freundschaftliche und freimütige Aussprache schon nach sechs Wochen fortzusetzen. Sie werde so zwanglos sein, wie damals und alle Fragen umfassen, die die beiden Länder und ihr Verhältnis zu den übrigen Ländern Europas berühren.

Stimson am 21. Juli in Berlin

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, der bekanntlich auf einer Europareise ist, beabsichtigt, am 21. Juli in Berlin einzutreffen. Er wird vorher Rom und Paris besuchen und dann von Berlin nach London fahren. Das Datum seines Berliner Besuchs ist besonders interessant im Zusammenhang mit dem der neuen Zusammenkunft der deutschen und der englischen Staatsmänner. Stimson wird also schon zwei Tage nach dem Besuch Macdonalds und Hendersons in Berlin weilen, und es wird bereits möglich sein, in den Besprechungen mit ihm die Ergebnisse der deutsch-englischen Aussprache zu verwerthen. Es erscheint besonders bemerkenswert, daß die Fühlungnahme mit den Vertretern der beiden Staaten bereits zu einem so frühen Zeitpunkt stattfindet, um so mehr, als man in Berliner politischen Kreisen für Mitte August die Einleitung der Aktion der Reichsregierung in der Reparationsfrage erwartet.

Der „D. N. Z.“ zufolge erklärt sich die Beschlagnahme des Gegenbesuches aus der Forderung der Tributfrage und der Unmöglichkeit für Deutschland (trotz heroischer Anstrengungen), seiner finanziellen Schwierigkeiten bald Herr zu werden, sofern es die unmoralischen und unerträglichen Kriegskriegsbeiträge weiter bezahlen müsse. Das Transfer-Moratorium bringe uns keinerlei wesentliche Entlastung. Ein großer konstruktiver und schöpferischer Plan zur Sanierung der Welt sei nötig, und das britische Reich habe daran ein ebenso großes Interesse, wie die anderen Industrieländer. Es sei jetzt kurz vor 12. und wenn England, das für den friedlichen Wiederaufbau Europas eintrete, das Gebot der Stunde nicht erkenne, dann werde sich der überall vorhandene Pessimismus noch steigern, und niemand könne das Ende absehen. Das Blatt vermutet, daß lebhafteste Bemühungen unternommen werden, um auch eine deutsch-französische Aussprache herbeizuführen, obwohl ihr negatives Ergebnis von vornherein feststehen dürfte. Viel nötiger sei ein Gespräch mit Rom.

Die „Germania“ schreibt: Der Besuch der hohen englischen Gäste wird im ganzen deutschen Volk mit dem Gefühl aufrichtiger Freundschaft begrüßt werden. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß dem englischen Besuch über das Gesellschaftliche hinaus auch eine nicht geringe politische Bedeutung zukommt.

Die internationale Regelung der Kohlenproduktion

Für ein Abkommen zwischen England, Deutschland und Polen

Es hat den Anschein, als ob es jetzt, nachdem die Internationale Arbeitskonferenz in Genf die Konvention über eine Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau verabschiedet hat, auch zu Verhandlungen über ein internationales Kohlenabkommen kommen dürfte.

Donnerstag nachmittag fand eine Besprechung zwischen Vertretern des internationalen Bergbauverbandes und den Mitgliedern der Kohlendelegation des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes statt. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes brachten dabei ihre Wünsche vor und sprachen die Hoffnung aus, daß durch eine schnelle Intervention des Völkerbundes eine wirtschaftliche Verständigung über die Kohlenproduktion zustande kommen werde. Der Vorsitzende des Wirtschaftskomitees, Di Nola, versprach, die dargebrachten Wünsche eingehend zu prüfen.

In unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß Hand in Hand mit der Ratifizierung und Inkraftsetzung des eben beschlossenen Arbeitszeitabkommens auch ein Wirtschaftsabkommen, das insbesondere England, Deutschland und Polen umfassen würde, zustande kommen soll. Bildet doch das Arbeitszeitabkommen die notwendige Grundlage für eine solche Wirtschaftsabkommen. Die Hauptschwierigkeiten scheinen nur noch vorläufig in den ungerichteten Organisationsverhältnissen des englischen Kohlenbergbaus zu liegen.

Vertrauensfundgebung für Dingeldey. Der Reichsparteivorstand und die Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Deutschlands haben dem Parteiführer Dingeldey einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Mit der Ablehnung der Reichstagsseinerberufung sei die politische Entscheidung nur vorüberhoben. Der Kampf gehe weiter. Die bindenden Abmachungen des Parteiführers mit dem Reichstagspräsidenten waren die Voraussetzung für die veränderte Stellungnahme der Reichstagsfraktion. Diese Abmachungen müssen in kürzester Frist durchgeführt werden.

Letzte Nachrichten

Mellons Londoner Besprechungen

Englische Meldungen und Auffassungen

W.E.B. London, 19. Juni. (Tel.) über den Inhalt der beiden kürzlichen Unterredungen des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon mit Macdonald weiß „Daily Telegraph“ zu berichten, daß der Premierminister die augenblickliche Finanzlage Europas und die Wirkungen dieser schwierigen Situation auf das Reparationsproblem eingehend auseinandergesetzt habe.

Das Blatt fügt hinzu, Mellons Eindrücke würden zweifellos vervollständigt werden, wenn er in direkte Berührung mit dem deutschen Reichszentralbankpräsidenten und anderen deutschen Staatsmännern käme. „Daily Telegraph“ ist jedoch der Ansicht, daß es Mellon vielleicht Staatssekretär Stimson allein überlassen werde, Berlin zu besuchen. Die beiden amerikanischen Minister würden dann wohl in der Lage sein, Präsident Hoover drei Punkte in Erwägung zu geben: Reparationen, Kriegsschulden und die Frage des Goldes. Das Blatt setzt allerdings hinzu, daß man in London keine großen Hoffnungen auf eine baldige Lösung des Reparationsproblems oder auf irgendeine unmittelbare amerikanische Initiative in dieser Richtung setze.

„Daily Express“ behauptet, Mellon sei nur bereit, eine Revision der Schulden zu erörtern, unter der Voraussetzung, daß England sich einem internationalen Boykott der Sowjetunion anschließt und Maßnahmen ergreift, die britischen Ausgaben für Abwehrzwecke herabzusetzen. Die Vereinigten Staaten seien bestrebt, ihre Lage gegenüber der Ausfuhr russischer Weizens und anderer russischer Rohstoffe zu schützen, und sie seien der Ansicht, daß dies nur durch einen internationalen Boykott erreicht werden könne.

Der Mittelkanal

W.E.B. Magdeburg, 19. Juni (Priv.-Tel.). Bei einer Besichtigungsreise im Gebiet des Mittelkanals erklärte Reichsverkehrsminister von Guérard, er habe sich davon überzeugt, daß keine Rede davon sein könne, das große Werk des Mittelkanals aufzugeben oder einzustellen. Er hoffe vielmehr, wenn es ihm gelingt, das Projekt durch eine Auslandsanleihe zu finanzieren, den Kanal in höchsten fünf Jahren dem Verkehr übergeben zu können. Ferner betonte der Minister die Notwendigkeit, auch für die Oder zu sorgen, deren Gebiet er kürzlich bereist habe.

Schlagererei im Thüringischen Landtag

W.E.B. Weimar, 19. Juni. (Tel.) Im Landtag kam es heute zu Tumulten. Als der Abg. Sander (Nat.-Soz.) zum kommunalistischen Aufstellungsantrag sprach, rief ihm der sozialdemokratische Abg. Grundler mehrere Bemerkungen zu, die Sander als Beleidigungen auffaßte. Er verließ das Rednerpult und forderte Grundler auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Während dieser Auseinandersetzungen gruppieren sich Abgeordnete der verschiedenen Parteien um die Streitenden. Der Abg. Papenbrock (Nat.-Soz.) verließ Grundler von hinten einen Faustschlag ins Gesicht, worauf mehrere Abgeordnete Stühle und Pultbedel ergriffen. Nach einer Viertelstunde war der Saal geräumt, und der Altpräsident trat zu einer Sitzung zusammen.

Abfluß des 250-Millionen-Kredits für das Reich. Die Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits von 250 Millionen Reichsmark an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen neuen Kassenkredit, dessen Abdeckung durch die normalen Einnahmen, sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Ersparnisse und Eingänge sichergestellt ist. Die Auszahlung des Kredits erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Über den empfangenden Betrag werden Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage.

Schächtverbot in Braunschweig. Im Braunschweigischen Landtag wurde am Donnerstag das Verbot des Schächtens von Tieren angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Demnach darf das Schächten sämtlichen Viehs, einschließlich Federviehs, nur noch vorheriger Betäubung stattfinden.

Verbot einer deutschen Zeitung in Litauen. Nach einer Verfügung des litauischen Innenministers ist die „Königsberger Neue Zeitung“ bis 1932 für Litauen verboten worden. Das Verbot wird mit dem Inhalt eines Artikels dieser Zeitung „Werth der Baumius? Wer entscheidet im Bemetgebiet?“ begründet.

Frankzösische Anleihe an die Tschechoslowakei. Die Verhandlungen, die in diesen Tagen in Prag mit den Vertretern des ausländischen Finanzkongressums, und zwar der Banque de l'Union, Raard Spener frères und Union Européenne bezüglich der Emission der neuen 5proz. französischen Konfessionsanleihe geführt wurden, haben gestern zu einer vollen Einigung des Anleihevertrags geführt. Der Emissionskurs beträgt 95 Proz.

Die Neuen Hebriden. Wie „Morning Post“ zu berichten weiß, sind seit einiger Zeit geheime Verhandlungen zwischen Frankreich und England über die Abtretung der englischen Rechte auf die unter dem Namen „Neue Hebriden“ im Stillen Ozean liegenden Inseln im Gange.

Wirtschaftliche Umschau

Die Vorgänge am Devisenmarkt — Deutschland und die Weltwirtschaftslage

Die Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank bis einschließl. Dienstag, 16. Juni, also bis zur Behebung der innerpolitischen Krise werden auf rund 1 Milliarde Reichsmark berechnet. Die Abgaben der ersten Junihälfte betragen also fast soviel wie die in der doppelt so langen Krisenperiode nach den Reichstagswahlen im September und Oktober 1930. Da die Devisenbestände bald erschöpft waren, mußten umfangreiche Goldverkäufe an das Ausland und dessen Notenbanken erfolgen. Die Devisenbewegung war die Folge der ausländischen Geldzüge, der Borratskäufe der Banken und der Angst- und Kapitalfluchtkäufe des Publikums. Trotz dieser hohen Gold- und Devisenabgaben blieb das Deckungsverhältnis der Reichsbank günstig, denn die Noten sind nach dem letzten Ausweis durch Gold und Devisen mit 48,1 Proz., durch Gold allein mit 45,4 Proz. gedeckt, weil eben eine entsprechende Verminderung des Notenumlaufes erfolgen konnte. Wenn die Devisenbewegung, was zu hoffen ist, nun wieder in normale Bahnen einlenkt, ist mit keinen Kreditrestriktionen zu rechnen, die andernfalls als unvermeidliche neue Belastung zu dem um 2 Proz. erhöhten Reichsbankdiskont hinzukommen müßten. Die gesamten Kreditkündigungen des Auslands schätzt der Reichsarbeitsminister Stegertwald auf 2 bis 3 1/2 Milliarden, und eine Berliner Großbank sagt, daß sie 75 Proz. aller kurzfristigen Auslandskredite ausmachen.

Die Vorgänge am Devisenmarkt haben natürlich schwere Schäden mit sich gebracht, denn zu den Verlusten bei der Abgabe der Devisen kommen die Verluste an den Börsen bei den Wertpapieren, da ja einzelne Aktien in wenigen Tagen bis zu 20 Proz. verloren, was nicht nur die Verkäufer der Papiere, sondern auch manches Unternehmen empfindlich spüren wird. Selbst der Pfandbriefmarkt wurde in Mitleidenschaft gezogen. Wieder hat sich die schwere Gefahr der kurzfristigen Auslandskredite gezeigt, die insbesondere Frankreich ein Machtmittel gegen uns in die Hand geben. Die Vorgänge in Oesterreich, das auf deutsche Vermittlung englische Hilfe anrufen mußte, beweisen überdies, wie strupplos Paris von dieser seiner Geldmacht zu politischen Zwecken Gebrauch macht. Wenn auch — nach außen hin — die französische Notenbank von einer solchen Taktik Deutschland gegenüber abgerückt ist, so haben doch gerade die französischen Banken durch Zurückziehung ihrer Kredite die Krise in Deutschland außerordentlich verschärft, wie wir das gleiche schon vorher bereits zweimal, bei den Verhandlungen über den Youngplan 1929 und nach den Septemberwahlen 1930, erlebten. Die gegenwärtigen französischen Engagements sind nach den großen Abzügen nun verhältnismäßig gering. Es wird nach Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten notwendig sein, Wege zu suchen, die es verhindern, daß wir dauernd damit rechnen müssen, mit solchen „goldenen Äugeln“ beschossen zu werden, wenn die Franzosen uns unter politischen Druck setzen wollen, denn es ist einfach nicht zu glauben, nach dem, was wir schon früher erlebten, daß ein solches Verhalten nur wirtschaftlichen Vorsichtsmaßnahmen der betreffenden französischen Banken entspringt. Festzustellen ist allerdings auch, daß ferner ängstlich gemachte amerikanische Geldgeber große Kreditbeträge zurückzogen und daß in den letzten Krisentagen auch deutsche Kapitalbesitzer mit der Tendenz ausgeprochener Kapitalflucht sich in fremde Währungen zu retten bemüht waren, und so an der Herausbeziehung einer Katastrophe mitarbeiteten.

Der neue Vierteljahrsbericht des Instituts für Konjunkturforschung ist eingehend, sehr vorsichtig, und deshalb wenig tröstlich. Er besagt im Ganzen, daß Voraussetzungen für einen Aufschwung noch nicht gegeben seien. Man müsse für den Rest des Jahres 1931 mit einer Fortdauer der Depression rechnen, wenn sich auch nun der Rückgang verlangsamen werde. Nicht nur die ungünstigen Faktoren werden aufgeführt, sondern auch eine Reihe günstiger, vor denen leider ein „Wenn“ steht. Das besagt, wenn es auch nicht gesagt wird, daß möglicherweise doch eher Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung eintreten können, falls eben die Deutschland noch besonders im Verlauf der Weltwirtschaftskrise bedrückenden Momente durch außerhalb der Berechnungen liegende Vorgänge überwunden werden sollten. Als Vorberein-

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 48. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

ungen für die endgültige Besserung wird als letztes, aber wichtigstes die Senkung der Reparationslasten aufgeführt, dazu Vereinfachung der öffentlichen Finanzen, Senkung der starken öffentlichen Kreditanprüche, Klärung der politischen Lage. Sinngemäß muß natürlich dazu eine Erleichterung der öffentlichen Lasten kommen. Das sind die Hebel, von denen ein Umschwung erst ausgehen kann.

Im einzelnen wird für den nächsten Winter zwar mit keiner hemmungslosen weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes, aber doch mit rund 5 1/2 Millionen Arbeitslosen gerechnet. In den letzten Monaten habe sich der konjunkturelle Rückgang nicht mehr mit gleicher Schärfe fortgesetzt wie vorher, der Rückgang der Beschäftigung in den Produktionsgüterindustrien verlangsamte, allerdings sei die Arbeitslosigkeit nicht in dem saisonüblichen Maß gesunken. Es habe sich alles mehr in Einzelbewegungen aufgelöst, und die Periode schärferer Produktionsrückgänge dürfe als überwunden betrachtet werden. Erschwerend wirken die Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Wirtschaft und die weiter schlechten Exportaussichten. Deutschland ist deshalb genötigt, weiterhin Wege auf dem Gebiet der Kostenreduktion und Hebung der Realkaufkraft, also durch Preisabbau, zu suchen.

Der der deutschen verarbeitenden Industrie günstige Sturz der Preise für Rohstoffe hat sich voll ausgewirkt, z. B. konnte die Textilindustrie trotz weiter sinkenden Masseneinkommens den Mengenumsatz annähernd behaupten. Auch der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher wurde weiter verbilligt. Der Rückgang der Fertigwarenpreise werde sich zwar verlangsamen, dürfe aber keineswegs als abgeschlossen gelten, wobei auch leider verschiedentlich mit einem Sinken der Mengenabgabe zu rechnen sei. Schnellere Besserung und Fortschritte wären hier möglich, wenn der deutsche Konsument nicht verhindert würde, an dem Überfluß an Rohstoffen und Lebensmitteln teilzunehmen, der in der Welt sicher noch längere Zeit weiter bestehen wird. Damit ist auf das deutsche Agrarproblem Bezug genommen, das natürlich nicht nur von der Seite der verarbeitenden Industrie und der Konsumenten hier betrachtet werden kann, im weiteren Sinne das Problem der Zollmauern im Zusammenhang mit der Weltkonjunktur überhaupt berührt. In der Welt dürfte nach dem Bericht der weitans größte Teil der Abschwungsentwicklung durchlaufen sein, wenn auch auf einzelnen Gebieten mit noch weiteren Schrumpfungsin in Produktion, Umsätzen und Preisen zu rechnen sei, nachdem sich die industriellen Rohstoffherzeuger elastischer der Lage angepaßt haben, und es auch konnten, als die landwirtschaftlichen.

Was dann über den deutschen Außenhandel gesagt wird, wurde durch die nun erschienene Handelsbilanz für Mai bestätigt, die ein Sinken des Wertes der Einfuhr um 70 Mill. Reichsmark (gegenüber April) und des Wertes der Ausfuhr um 23 Mill. Reichsmark (ohne Reparationslieferungen) feststellt. Die Einfuhr ist auf die Hälfte des höchsten Standes von 1927 gesunken, die Ausfuhr bleibt im Wert um fast 27 Proz. gegen 1929 zurück, was auf das Sinken der Exportpreise zurückzuführen ist, das in den letzten drei Jahren auf 17 Proz. im Durchschnitt angenommen wird. Wir haben zwar einen Ausfuhrüberschuß von 200 Mill. Reichsmark im Mai (einschließlich Reparationslieferungen), aber das Gesamtvolumen unseres Außenhandels, geht seit Jahren unauffällig zurück. Es ist Rotausfuhr um jeden Preis und Einschränkung der Rohstoffeinfuhr infolge Kapitalmangels und des Kapitalabflusses für Reparationen, ein schlechtes Exportgeschäft, dem die Grundlage eines gesunden Binnenmarktes fehlt.

Der Bericht des Instituts für Konjunkturforschung besagt: Von der Ausfuhrseite sei zunächst keine Entlastung zu erwarten. Das Sinken der Rohstoffpreise habe zwar

unsere Handelsbilanz um rund 76 Millionen Reichsmark im ersten Quartal entlastet und so die Aktivierung der Handelsbilanz und eine gewisse Konsolidierung herbeigeführt. Man müsse aber bei Betrachtung der Wertziffern die Ein- und Ausfuhr die gesunkenen Preise in Rechnung stellen, die auch bei der Ausfuhr infolge der gesunkenen Kaufkraft vor allem des europäischen Auslands (das 75 Proz. unserer Ausfuhr aufnimmt) sich geltend machen. Als günstiges Moment wird jedoch die Verringerung der Lagerbestände an Verbrauchsgütern aufgeführt, so daß sich jeder Verbrauchsausschwung unmittelbar in der Produktion geltend machen müßte. Dies ist freilich bei den Grundstoffindustrien nicht der Fall. Hier hätten die trotz aller Lockerungen immer noch zu starken Kartellpreise den Anreiz zum Lagerabbau geschwächt, so daß sich hier auch jede Besserung des Absatzes nicht sogleich auf den Beschäftigungsgrad auswirken könnte.

Wie man Oesterreich behandelte

Französische Expressepolitik

Die Nachricht aus Wien, daß Frankreich das zusammenbrechende Oesterreich durch ein Ultimatum zu einer vollkommenen wirtschaftlichen und politischen Kapitulation zu zwingen versuche, und daß dieser Anschlag im letzten Augenblick an der Stabilität der mitten in diesem Tumult zu Fall gekommenen Wiener Regierung und durch das energische Eingreifen der Bank von England fürs erste gescheitert ist, hat überall großes Aufsehen erregt. Die „Frankf. Zig.“ schreibt dazu, daß sich diese Vorgänge nicht totschweigen lassen, und daß man über deren Hintergründe offen reden muß, damit diese Quelle europäischen Unfriedens ein für allemal verstopft wird.

Im Oesterreich aus der französischen Umklammerung zu retten, plante man die Zollunion. Unmittelbar danach brach die österreichische Kreditanstalt zusammen! Das wurde zum Anlaß für eine Serie von Expresseverträgen. Sie gipfelten am 16. Juli mit einem Besuch des französischen Gesandten in Wien beim österreichischen Außenminister und mit der Überreichung eines Schriftstückes, das die Pariser Bedingungen für die Beschaffung der erforderlichen Kredithilfe enthielt. Am den Oesterreichern keine Zeit zum Entweichen zu lassen, wurde ein Ultimatum gestellt: Antwort bis zum Abend.

Das französische Schriftstück bedeutete völlige Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit. Im einzelnen dachten sich die Franzosen (geführt von Herrn Briand, dem großen Europäer und Menschenfreund) die Sache folgendermaßen: Oesterreich beauftragt beim Völkerbund die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung und Ordnung der österreichischen Verhältnisse; Oesterreich verpflichtet sich, die Vorschläge dieser Kommission bedingungslos anzunehmen. Die österreichische Regierung wurde ferner aufgefordert, nach Paris einen Brief zu schreiben, in dem Oesterreich feierlich erklärt, sich künftig jeglicher Kombinationen politischer und wirtschaftlicher Art zu enthalten, die den internationalen Status Oesterreichs verändern könnten.

Der österreichische Außenminister gab die einzig mögliche Antwort: Niemals! Er dürfte wohl nicht verschli haben, den übrigen Mächten, die sich für das Schicksal Oesterreichs interessieren, von diesem Ultimatum Kenntnis zu geben. Bevor irgend sonst jemand Zeit fand, auch nur ein Wort der Entzweiung zu sagen, schoß die Bank von England den Oesterreichern das Geld vor. Es kommt nun darauf an, wie die Sache weiterläuft. Das Kreditarrangement ist nur vorläufig und kurzfristig. Die Franzosen werden sich bemühen, sich in geeigneter Form und mit unbedingtem Zwang erneut dazwischenzuschalten. Sollten sie auch fernerhin ihren Zwang nicht erreichen, so werden sie vermutlich versuchen, den Hebel an anderer Stelle anzusetzen: an Deutschland. Dieser peinliche Versuch in Wien war ein Probeball. Die Franzosen müssen aus ihm lernen. Das Urteil der Welt muß sie dazu zwingen.

Die Regierungstrife in Oesterreich. Der geschäftsführende Bundeskanzler Ender hat den Antrag des Bundespräsidenten zur Neubildung der Regierung nicht angenommen. Er erklärte dem Bundespräsidenten eine Abgabe, nachdem die Sozialdemokratie es ablehnte, den von Ender geforderten Vollmachten ihre Zustimmung zu geben und sich gegen die Verabschiedung eines verfassungsändernden Gesetzes erklärte.

Volkszählung in Italien. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 21. April d. J. zählt die Bevölkerung Italiens 42,1 Millionen Köpfe. Sie hat sich in den letzten zehn Jahren um 6,1 Proz. vermehrt.

sef Krips selbstverständlich, daß auch der Orchester- und Chor- teil zu einer schönen Ohrenweide ward.

Frau und Gegenwart vereinigt mit „Neue Frauenkleidung und Frauenskulptur“

Die jetzt im 27. Jahrgang erscheinende Zeitschrift (Verlag G. Braun, Karlsruhe), hat in dem letzten Jahre qualitativ einen Aufschwung genommen, der sie, die schon immer ihren Rang behielt, in die vorderste Reihe unserer deutschen Zeitschriften stellt. Ihr großer Vorzug besteht darin, daß sie Belehrung und Anregung mit gediegener Unterhaltung und einer glänzenden modischen Berichterstattung vereinigt. Bildteil und Textteil sind einander würdig. In jeder Nummer überreicht uns die Redaktion mit einer Auswahl bester und interessantester Abbildungen. Da die Reproduktionstechnik den höchsten Anforderungen genügt, hinterläßt jedes Heft einen überaus vornehmen und stilvollen Eindruck. Es ist das vielleicht das höchste Lob, das wir dieser Zeitschrift zollen können, daß sie Stil und Charakter besitzt und somit der gebildeten deutschen Frau wirklich etwas bietet. Natürlich ist die Zeitschrift heute nicht mehr, wie einst, auf sog. Reformkleidung eingestellt. Im Gegenteil! Sie unterrichtet mit einer Fülle von Abbildungen jeweils über die neueste Mode, verleugnet dabei aber nie den Mut zur eigenen Meinung.

Das neueste Heft bringt u. a. einen schönen Aufsatz über „Deutsche Gärten des 18. Jahrhunderts“, sowie einen guten Artikel über handgebundene Bücher mit den Abbildungen von Einbänden aus der Werkstatt Dorothea Freije. Dann lesen wir einen sehr hübschen Beitrag unter dem Titel: „Wo die Frau das Szepter schwingt“; er erzählt uns von einzelnen Naturvölkern, wo die Frau das gottgewollte Oberhaupt ist, wo der Mann es aber gar nicht schlecht hat, sondern als das Häufelkind aller behandelt wird. Ruth Schaumann beendet in dieser Nummer ihre poetische Erzählung „Der singende Fisch“, und Ruth Goeß plaudert über das Thema „Wir, das Spiel und die Natur“. Dann kommt der wieder sehr umfangreiche Modeteil und die besonders beliebte graphologische Rubrik.

Zum Reichsbewertungs- und Vermögenssteuergesetz

Die neuen Durchführungsbestimmungen

11. (Schluß)

Bei der Bewertung des Betriebsvermögens ist für die Beurteilung der Frage ob die für die Anwendung des sogenannten Schachtelprivilegs (d. h. daß im Falle der Beteiligung einer inländischen Gesellschaft als Muttergesellschaft an dem Vermögen einer inländischen Tochtergesellschaft mindestens zu einem Viertel der Wert dieser Beteiligung bei der Muttergesellschaft außer Ansatz bleibt) erforderliche Beteiligungsquote vorliegt, das Wertverhältnis zugrunde zu legen, in dem die im Besitze der Muttergesellschaft befindlichen Anteile und Genusscheine an der Tochtergesellschaft zu sämtlichen Anteilen und Genusscheinen an der Tochtergesellschaft stehen. Es kann also in den Fällen, in denen die Tochtergesellschaft nur eine Gattung von Anteilen ausgegeben hat, von den Kennbeträgen ausgegangen werden, da hier das Verhältnis der Kennbeträge dem Verhältnis der Werte entspricht. In den Fällen, in denen die Tochtergesellschaft mehrere Gattungen von Anteilen oder Nebenanteilen, auch Genusscheine ausgegeben hat, sind die Anteile und Genusscheine nicht den Steuerkurswerten oder ermittelten Verkaufswerten anzusehen. Als inländische Muttergesellschaft ist jede inländische Gesellschaft anzusehen, die an einer anderen inländischen Gesellschaft beteiligt ist.

Für bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens eines gewerblichen Betriebes, die in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1931 oder, bei Neu- und Nachfeststellungen unmittelbar vor dem Feststellungszeitpunkt, ununterbrochen drei Monate lang infolge von Stilllegungen, Betriebsänderungen oder dergl. in den Umständen nach offenbar nicht nur vorübergehend ungenutzt sind, ist auf Antrag von dem an sich maßgebenden Werte ein Abschlag von 30 v. H. zu machen; eine Bewertung mit einem niedrigeren Werte als dem Materialwert, ist jedoch ausgeschlossen. Diese Bestimmung findet auf bewegliche Gegenstände, die zwar nicht stillgelegt haben, jedoch infolge Kurzarbeit oder dergl. eingeschränkt benutzt worden sind, mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Abschlag nur zu dem Teil vorgenommen werden darf, der sich nach dem Verhältnis zwischen der tatsächlichen und der normalen Benutzung ergibt. Für bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens eines gewerblichen Betriebes, die ihrer Natur nach nur während eines Teiles des Jahres benutzt werden, z. B. Maschinen eines Saisonbetriebes, ist der Stilllegungsabschlag auf Antrag dann vorzunehmen, wenn die Gegenstände des Betriebes ununterbrochen während der Hälfte der dem Feststellungszeitpunkt vorangegangenen Saison infolge Stilllegung, Betriebsbeschränkung oder dergl. ungenutzt oder in einem das übliche Maß übersteigenden Rahmen eingeschränkt benutzt war.

Die Bewertung des gewerblichen Betriebes einer inländischen Gesellschaft mit der Summe der Steuerkurswerte kommt nur in Frage, wenn für alle von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien und Genusscheinegattungen Steuerkurswerte festgelegt sind, oder sofern dies nicht der Fall ist, wenigstens für die gewöhnliche Stammaktie ein Steuerkurswert festgelegt ist, und für die übrigen Aktien und Genusscheinegattungen der Steuerkurswert aus den für die gewöhnliche Stammaktie festgelegten abgeleitet wird. Bei der Bewertung nach der Summe der Steuerkurswerte ist das Gesamtvermögen der Gesellschaft ohne Rücksicht darauf, ob das Grund- oder Stammkapital voll eingezahlt worden ist, mit der Summe der vollen für die ausgegebenen Aktien, Anze, sonstigen Anteile und Genusscheine festgesetzten Steuerkurswerte anzusehen. Es ist auch dann vom Grund- oder Stammkapital bei Beginn des 1. Januar 1931 auszugehen, wenn die Gesellschaft ihren regelmäßigen Geschäftsabschluss auf einen anderen Zeitpunkt macht. Ist der Steuerkurswert für einen auf Papiermarkt lautenden Kennbetrag festgelegt, obwohl das Grund- oder Stammkapital bereits vor dem Beginn des 1. Januar 1931 auf Reichsmark (Goldmark) umgestellt worden ist, so ist bei der Bewertung nach der Summe der Steuerkurswerte entsprechend der Zugrundelegung des auf Reichsmark umgestellten Grund- oder Stammkapitals auch von den auf den Reichsmarkneubetrag umgerechneten Steuerkurswerten auszugehen; bei der Umrechnung ist das Umstellungsverhältnis zu der betreffenden Aktiegattung zugrunde zu legen.

Für Aktien, Anze, sonstige Anteile und Genusscheine an inländischen Gesellschaften sind Steuerkurswerte nur festzusetzen, wenn die Aktie usw. in der Zeit vom 1. November 1930 bis 30. Januar 1931 tatsächlich umgestellt worden sind. Bestehen bei einer inländischen Gesellschaft neben der gewöhnlichen Stammaktie, für die ein Steuerkurswert festgelegt ist, andere Aktiegattungen oder Genusscheine ohne Steuerkurswert, so wird dieser aus den für die gewöhnliche Stammaktie festgelegten Steuerkurswert abgeleitet. Als Steuerkurswert gilt, wenn es sich um Aktien mit gewöhnlichem Stimmrecht handelt, für Vorkaufsaktien und Schutzaktien der volle Steuerkurswert, für Vorratsaktien 10 v. H., für junge Aktien 90 v. H. des Steuerkurswertes der gewöhnlichen Stammaktien, sofern es sich um Aktien mit besonderem Stimmrecht handelt, für dividendenberechtigte Aktien 90 v. H. des für die gewöhnliche Stammaktie festgelegten Steuerkurswertes mit einem Zuschlag für jede Stimme in Höhe von 10 v. H. des Wertes der für die gewöhnliche Stammaktie aus ihrem Steuerkurswert unter Berücksichtigung ihres Kennbetrages ergibt; für nicht dividendenberechtigte Aktien erfolgt der Zuschlag, der sich unter Berücksichtigung der Stimmzahl der Aktie ergibt. Für Genusscheine gelten als Steuerkurswert 50 v. H. des Steuerkurswertes der gewöhnlichen Stammaktie. Eine Abwertung des Steuerkurswertes aus den für die gewöhnliche Stammaktie festgelegten Steuerkurswertes findet nicht statt für Vorkaufsaktien und Genusscheine, wenn die Umstellung des Grundkapitals der Gesellschaft auf Goldmark nach dem 1. Januar 1931 erfolgt ist, ebenso für Genusscheine, die nicht auf einen bestimmten Kennbetrag lauten. Altschuldverschreibungen gelten nicht als Genusscheine im Sinne des Gesetzes.

Aktien usw. sind mit der Hälfte ihres Kurs- oder Verkaufswertes vom 31. Dezember 1930 zu bewerten, wenn ein Steuerkurswert für sie nicht besteht, besteht ein solcher, so sind sie mit der Hälfte dieses Wertes zu bewerten. Aktien usw., an ausländischen Gesellschaften, sowie Gesellschaften haben bei Genossenschaften sind mit ihrem vollen Kurs- oder Verkaufswert vom 31. Dezember 1930 anzusetzen. Ein Abschlag der laufenden Dividende oder laufenden Zinsen darf nicht gemacht werden.

Die Zahl, mit der bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieben und bei bebauten Grundstücken zur Ermittlung des Ertragswertes der Reinertrag für die Feststellung der Einheitswerte zu veranschlagen ist, wird vom Reichsfinanzminister auf 18 festgelegt. Die Zahlen, welche als Multiplikator zur Ermittlung des Wertes von Renten oder anderen Leistungen dienen, schränken je nach dem Alter zwischen 13 und 14. Der Hundertfuß, zu welchem der einjährige Betrag der Rukung einer Geldsumme anzunehmen ist, wenn kein anderer Wert feststeht, wird auf 5 v. H. festgelegt.

Der Entwurf für eine Reichsärzterordnung. Der vom Geh. Rat Glander ausgearbeitete Entwurf für eine Reichsärzterordnung wurde auf dem 50. Deutschen Ärztetag in Köln mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Badisches Landestheater

Aida

Es muß für die Mitglieder der Volksbühne schon etwas Besonderes sein, diese „Aida“-Aufführung, die sie sich als ihre Juni-Vorstellung erbeten haben; denn dreimal ging das Werk für sie nun über die Bretter, und jeden Abend war das Haus fast bis zum allerletzten Platz besetzt. Das ist zur Sommerzeit sonst in unserem Kunsttempel gar selten der Fall, und auch die große Begeisterung, wie sie am Mittwoch wieder aus Parfekt und Rängen hervorbrach, ist gewöhnlich kaum anzutreffen. Allerdings zeugte auch die Wiedergabe selbst von der Tüchtigkeit und Arbeitslust sowohl der musikalischen Leitung wie des gesamtbeschäftigten Personals und hält sehr gutes künstlerisches Niveau, während für die Regie wieder einmal niemand verantwortlich zeichnet und der gewissenhafte Chronist dieserhalb berechtigten Anlaß zu einigen scheinbaren Beanstandungen leicht finden könnte. Aber das ist, wie schon angedeutet, nicht der entscheidende Punkt für die Qualität der Darbietung, und wenn die Volksbühne-Leute sichlich so gern die Offerte einer Verdi-Oper angenommen haben, müßten sie schließlich damit rechnen, daß ihnen das Werk nicht gerade als Neuenstudierung vorgespielt werde.

Trotz einem dramaturgischen Manko und einer teilweise doch recht veralteten dekorativen Ausstattung bleibt immerhin die Aida von Fine Reich-Dreiß sehr eindrucksvoll. Man wird zudem diese Partie nicht oft von einer so breit ausladenden Stimme gesungen hören, die den Ton überall üppig und rund ausströmen läßt. Auch Else Grünwald-Seyfert verdient ob der Wärme der Empfindung, mit der sie ihre Anneris interpretiert, viel Anerkennung. Sie sollte freilich ihr an sich wertvolles Organ noch mehr von Druck und Verdichtung frei zu halten suchen und mitunter darauf achten, daß sein Altimbre nicht allzuviel an Kern und Substanz verliert. Wirkungsreichere Bühnenrollen verkörpern wie stets Wilhelm Rentwig (Rabanes), Adolf Schoepflin (Oberpriester) und Gersten Derner (Äthiopiervorfür). Hand in Hand mit solch trefflicher Realisierung des Gesanglichen war es natürlich unter der temperamentbeiwingelten Stabführung von Generalmusikdirektor Jo-

Gemeinderandschau

Kreisversammlung Mannheim. Am 30. Juni tritt die Kreisversammlung zusammen. Der Hauptvoranschlag sieht in Ausgaben 1 705 539 M., in Einnahmen 771 977 M. vor, so daß durch Kreissteuern 933 562 M. aufzubringen sind.

Im Bürgeranstalt Philippsburg nahm die Voranschlagsberatung einen wenig erfreulichen Anfang. Ein Kommunikt erging sich in beleidigenden Zwischenrufen, was ihm mehrere Ordnungsrufe einbrachte und zur Folge hatte, daß die Mehrzahl der Ausschußmitglieder den Sitzungsraum verließ. Der betreffende Kommunikt wurde schließlich durch Polizei aus dem Saale entfernt und die Sitzung aufgehoben.

Das Vermögen der Stadt Pforzheim. Nach dem Rechnungsjahresbericht der Stadt Pforzheim für das Rechnungsjahr 1929/30 betrug das Gesamtvermögen am 31. März 1930: 93,7 Millionen Reichsmark, dem ein Schuldenstand von 44,7 Millionen gegenüberstand, so daß ein Reinerwerb von rund 49 Millionen Reichsmark vorhanden war.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Überfall auf einen Freiburger Polizeibeamten

Freiburg i. Br., 18. Juni. Zu dem gestrigen Überfall auf einen Freiburger Polizeibeamten gibt der Polizeibericht folgende Darstellung: Am 17. Juni, abends 8.45 Uhr, wurde eine Anzahl von Personen, die in verkehrsstörenden Gruppen in der Löwenstraße herumkamen und weitergehen aufgefördert. Diese Aufforderungen wurden nicht befolgt, sondern mehrere junge Burschen wurden sogar ausfällig. Der Beamte wollte nun die Personalführer des Haupttrabantenführers auf der Wache feststellen und schritt zu diesem Zweck zu seiner vorläufigen Festnahme. In diesem Augenblicke wurde er von den auf der Straße anwesenden rauflustigen Elementen tätlich angegriffen. Dem von den zahlreichen Angreifern auf schwerste bedrängten Beamten wurde in hartem Kampfe der Gummirollen und die Seitenwaffe entrissen. Als er hinterwärts durch Faustschläge mißhandelt, zu Boden geworfen und mit der eigenen Seitenwaffe bedroht wurde, gab er zunächst einen Schreckschuß ab. Die Angreifer ließen jedoch nicht von ihm ab und versuchten sogar, ihn in ihr Quartier, die Wirtschaft „Zum Martinsort“, hineinzuschleppen, so daß er in der Notwehr die Schußwaffe nochmals gebrauchen mußte. Hierbei wurde der eine Haupttäter durch einen Weinschuß verletzt, und es gelang dem Beamten, sich Luft zu verschaffen. Dem inzwischen herbeigerufenen Überfallkommando und einer Großtruppe der Polizei gelang es, acht Haupttäter festzunehmen, von denen sich vier in Untersuchungshaft befinden. Gerichtliche Untersuchung der Vorgänge ist eingeleitet. Dem entschlossenen Eingreifen einer zu Hilfe geeilten Zivilperson ist zu verdanken, daß das Vorhaben der Angreifer, den Beamten mit der eigenen Seitenwaffe niederzustechen, nicht ausgeführt werden konnte.

Orkan über dem Bodensee.

W.D. Konstanz, 18. Juni. Heute vormittag um die zehnte Stunde brauste ein heftiger Westwind, der sich stellenweise zum Orkan steigerte, über den Bodensee. Die Wellen des Sees wurden bei dem zur Zeit ungewöhnlich hohen Wasserstand gewaltig aufgeweht, so daß zahlreiche Schiffe in große Bedrängnis kamen. Dem österreichischen Dampfer „Stadt Wregenz“, der zwischen Rindau und Wregenz verkehrte, wurden durch eine mächtige Sturzwelle sämtliche Fenster des Salons eingeschlagen, wodurch zahlreiche Passagiere verletzt wurden. Auch dem badischen Dampfer „Stadt Überlingen“ wurden die Fenster scheitern zertrümmert. In Rindau wurden die Seebadestellen schwer beschädigt. Der Landungssteg in Nonnenhorn wurde so stark beschädigt, daß die Schiffe nicht mehr anlegen können.

Nr. 19 des Amtsblatts des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts enthält folgende Bekanntmachungen: Erang. Kirchenmusikalisches Institut in Heidelberg. Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Lehranstalten. Tagung der Fortbildungsschullehrerinnen. Nürnberger Sängergewerbe. Die Verleihung von Stipendien aus der Max-Bilford-Schiffel-Stiftung.

bid. Mannheim, 18. Juni. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Ladenburg war am Mittwoch Termin gegen den Redakteur des „Patentreuz-Banners“, Dr. Lorenz, anberaumt. Dr. Lorenz erschien aber nicht vor Gericht, sandte vielmehr ein Schreiben, daß er aus gesundheitlichen und finanziellen Gründen nicht erscheinen könne. Man solle in seiner Abwesenheit gegen ihn verhandeln, er gebe ja die Sache zu. Das Gericht beschloß, gegen den lärmigen Angeklagten Haftbefehl zu erlassen.

bid. Mannheim, 18. Juni. Die von der „Notenhilfe Deutschlands“, Bezirk Baden-Pfalz, am Freitag, den 19. Juni, um 20 Uhr im Lokale zum Großen Magerhof hier geplante öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Was muß der Arbeiter über die Schnelljustiz und seine Verteidigung vor dem Klassenrichter wissen“ wurde auf Grund der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 verboten.

bid. Wallfahrn, 18. Juni. Die Wallfahrt zum St. Blut dahier steht in diesem Jahre im Zeichen der unangünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Gegenüber dem Vorjahre mit 45 000 Mann in diesem Jahre mit einem Besuch von höchstens 20 000 Pilgern gerechnet werden. Ein großer Teil kommt auch entgegen früheren Jahren anstatt mit der Bahn, per Auto und Kraftwagen hierher.

Freiburg i. Br., 18. Juni. Eine hiesige Großhandlung beantragte einen Beschluß mit dem Inhaber von Geldern aus den Filialen. Der junge Mann ging mit 6000 M., die er erhoben hatte, in Begleitung eines Freundes flüchtig. Die beiden wurden zuletzt im Wiesener Ed gesehen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 376 a der Reichsversicherungsordnung werden die von den Krankenkassen und Erbschaften für die Verrichtungen und Aufwendungen der Hebammen zu zahlenden Gebühren mit Wirkung vom 1. Juli 1931 wie folgt festgesetzt:

1. für die Hilfe bei einer gewöhnlichen Entbindung eine Pauschgebühr von 33 M.
2. bei einer Mehrlingentbindung eine Pauschgebühr von 40 M.
3. vollendet die Hebamme die Entbindung nicht, so erhält sie für ihre Hilfeleistung einschließlich der dabei erfolgten Verrichtungen die Hälfte der Pauschgebühr. Dies gilt insbesondere, wenn die Kreißende zur Beendigung der Geburt in eine Anstalt überführt wird, in der die Hebamme keinen weiteren Beistand leistet.
4. Die in der Anstalt zur weiteren Hilfeleistung zugezogene Hebamme hat, sofern sie nicht festangestellte Anstaltshebamme ist, für ihre Hilfeleistung bei der Entbindung und die vorgeführten Wochenbesuche Anspruch auf die volle Pauschgebühr.
5. In diesen Pauschbeträgen sind inbegriffen: Entbindung, Wochenbesuche, Begehler und Beheimenhilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden. Die notwendigen Desinfektionsmittel hat die Krankenkasse der Hebamme zu liefern.
6. Die Krankenkassen und Erbschaften haben die festgesetzten Pauschbeträge alsbald auf Vorlage der Rechnung unmittelbar an die Hebamme zu bezahlen.
7. Die Hebamme ist nicht berechtigt, weitergehende Ansprüche an die Wöchnerin zu stellen.

5. Die Festsetzungen: vom 5. Oktober 1926 — Staatsanzeiger Nr. 231 vom 6. Oktober 1926 — vom 15. November 1926 — Staatsanzeiger Nr. 268 vom 18. November 1926 — vom 10. August 1929 — Staatsanzeiger Nr. 186 vom 13. August 1929 — werden aufgehoben. Karlsruhe, den 17. Juni 1931. Der Minister des Innern J. A.: J m Hoff.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Ernannt: Justizrat Julius Oppenheimer in Mannheim zum Oberjustizrat daselbst, Direktor Rudolf Meffer in Mannheim zum Handelsrichter, und Kaufmann Samuel Dirschbach daselbst zum Handelsrichterstellvertreter bei den Kammern für Handelsachen des Landgerichts Mannheim.

Versetzt: Oberaufseher Hugo Kautner beim Bezirksgefängnis Donaueschingen zum Landesgefängnis Freiburg und Aufseher Hermann Kiefer beim Landesgefängnis Freiburg zum Bezirksgefängnis Donaueschingen.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Gerichtsdirektor Jakob Giesler beim Amtsgericht Ettlingen.

Abertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Ministerialoberrechnungsrat Heinrich Batz beim Justizministerium und Oberrechnungsrat Gustav Schneider beim Landgericht Heidelberg auf 1. September 1931.

25 Jahre Kaffee Hag

Am 21. Juni 1931 besteht die Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft zu Bremen 25 Jahre. Der Erfinder des koffeinfreien Kaffee Hag ist Generalkonsul Dr. h. c. Rudolf Koffelhus.

Er wurde 1874 in Bremen geboren, wo die Familie seit 1832 ansässig ist. Er nahm eine gründliche Umorganisation des väterlichen Kaffee-Importgeschäfts Koffelhus & Co. in Bremen vor und stellte das Geschäft durch Errichtung von Zweigbüros in Hamburg, Amsterdam, London und Wien, sowie durch Beteiligung an Kaffeeplantagen auf eine wesentlich erweiterte Grundlage. 1895/96 machte er die ersten Entdeckungen für Kaffee-Hag- und -Mehligungsmaschinen. Nach kaum 10 Jahren erzielte sich der Aktionsradius der väterlichen Firma über ganz Europa. Nebenher beschäftigte Koffelhus die Frage: wie ist es möglich, dem Kaffee das Koffein zu entziehen, ohne den Geschmack und das Aroma des Kaffees zu beeinträchtigen. Mit der Erfindung des Koffeinentziehungsverfahrens war die Voraussetzung für jene große organisatorische Leistung geschaffen, die sehr bald die Welt aufhorchen ließ. 1906 gründete Koffelhus die Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft in Bremen; nach eigenen, neuen Ideen entfaltete er eine Propaganda, die bis dahin unbekanntes Wesen. Während des Krieges waren die Wertanlagen, Patente und Schutzzeichen der amerikanischen Gesellschaft beschlagnahmt worden. Nach schwierigen Verhandlungen konnte Koffelhus erreichen, daß nach den Kaffee-Hag-Patenten eine neu zu gründende Gesellschaft in Amerika die Herstellung und den Vertrieb von koffeinfreiem Kaffee aufnehmen durfte, jedoch nicht unter dem Namen Hag. Heute wird Kaffee Hag in 39 Ländern der Erde von Millionen Menschen getrunken. In 19 Ländern entstanden selbständige Gesellschaften, die nach dem Kaffee-Hag-Verfahren arbeiten.



Tomaten 36
täglich frisch eintreffend Pfd. M.

Neue Kartoffeln 12
goldgelb Pfd. M.

Bananen 36
schöne, gelbe Ware . . . Pfd. M.

Lebensbedürfnisverein
Abgabe nur an Mitglieder

Stellenvergebung.
Die durch das Ableben des früheren Stelleninhabers beim Tiefbauamt der Stadt Freiburg i. Br. freigewordene Stelle eines Stadtbaurats ist durch einen jüngeren Dipl.-Ingenieur oder Regierungsbaumeister alsbald zu besetzen. 2.254

Der Einstellende wird nach Gruppe Xa der Besoldungsordnung der Stadt Freiburg bezahlt und hat Aussicht, später in die Gruppe XI aufzurücken. Die Gruppen Xa und XI entsprechen der Bes.-Gruppe 2c des badischen staatlichen Besoldungsgesetzes. Nach Ablauf einer befristeten Probezeit von einem Jahr kann planmäßige Anstellung im Beamtenverhältnis erfolgen. Gesuche mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnis, Ausbildungen- und lückenlosen Dienstzeugnissen im Original oder beglaubigten Abschriften sind unter Angabe der spätesten Eintrittsmöglichkeit bis zum 15. Juli d. J. bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Die in Aussicht genommenen Bewerber haben sich vor Anstellung beim Gesundheitsamt der Stadt Freiburg ärztlich untersuchen zu lassen.

Freiburg im Breisgau, den 17. Juni 1931.
Städt. Tiefbauamt.

Neueinteilung von Grundstücken im Gewann „Angel“ in Heidelberg-Gandshuhsheim.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 26. Mai 1931 Nr. 5332 ausgesprochen, daß die Eigentümer des Grundstücks Lp. Nr. 13 471 der Gemarkung Heidelberg verbunden sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gewann „Angel“ der Gemarkung Heidelberg nach Maßgabe des Planes der Stadt Heidelberg vom 12. November 1929 teilzunehmen.

Heidelberg, den 16. Juni 1931. 9.521
Badisches Bezirksamt II.

Einladung.

Gemäß § 6 der Satzungen werden die Vereinsmitglieder auf **Mittwoch, den 1. Juli 1931, vorm. 11 Uhr, nach Karlsruhe, Blumenstr. 1, III., Prüfungsraum**, zu einer **Mitgliederversammlung** eingeladen mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechnungsjahresbericht.
2. Vorlage der zwei letzten Jahresrechnungen.
3. Ankauf von Grundstücken.
4. Neuwahl des Ausschusses.
5. Sonstiges.

Karlsruhe, den 17. Juni 1931. 2.258
Der Ausschuß des Landesvereins für Arbeiterkolonien.



Badisches Landestheater

Samstag, 20. Juni 1931

Zu kleinen Preisen

Der lustige Krieg
Operette von Johann Strauß
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:
Man. Seiberlich, Eurl, Lindemann, Kofschmann, E. Rivinius, Kubach, Brand.

Goßpach, Kalmbach, Kiefer, Kloeb, Löfer, Kentwig, S. Rindemann, S. Rivinius
Anfang 20 Ende 22 $\frac{1}{2}$
Preise 0,50—3,50 M.

So. 21. 6. Neu einstudiert: Boris Godunow. Im Koncert: Keine Vorstellung.

Anzeigen in der **Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger)** haben großen Erfolg

Bezirks-Sparkasse Eberbach (Baden)
— öffentliche mündelsichere Spar- und Kreditanstalt —

Bilanz auf 31. Dezember 1930

| Vermögen | RM | Verbindlichkeiten | RM |
|---|--------------|--|--------------|
| 1. Kassenbestand | 13 654,24 | 1. Guthaben der Einleger: | |
| 2. Guthaben b. Postfisc., Bad. Komm. Landesbank u. sonstigen Banken | 9 765,79 | a) Spareinlagen | 3 615 294,21 |
| 3. Wertpapiere | 2 331,68 | darunter zu 20% aufgewertete Spareinlagen mit 928 850,50 M. | |
| 4. Wechsel | 101 196,95 | b) Depositen | 166 833,26 |
| 5. Darlehen geg. Hypothek | 2 461 584,69 | c) Giro- und Kontokorrenteinlagen | 358 742,10 |
| 6. Grundstückskaufgelder | 3 586,71 | | 4 140 869,56 |
| 7. Darlehen in lfd. Rechnung an Private | 344 047,29 | 2. Anleihenkapitalien: | |
| 8. Darlehen auf Schuldschein gegen Bürgschaft | 536 881,42 | a) Reichskredite (Rentenbank, Goldbilantbankdarlehen) | 175 800,77 |
| 9. Darlehen an Gemeinden | 230 752,22 | b) sonstige | 312 288,02 |
| 10. Bombardardarlehen | 8 293,18 | 3. Berechnung mit dem neuen Jahre | 12 547,90 |
| 11. Aufwertungsfordernngen | 834 964,22 | 4. Rücklagen: | |
| 12. Berechnung mit dem neuen Jahre | 158 793,34 | a) von früheren Jahren | 143 897,70 |
| 13. Grundstücke u. Gebäude | 93 100,— | b) Zurechnung Ende 1930 | 20 049,69 |
| 14. Gerätschaften | 6 000,— | Abale = 7 697,— M. | |
| Abale = 7 697 M. | | Verpflichtungen aus weitergegebene Nachgelassenen Nachgelassenen | |
| Weltergegebene Wechsel = 56 358 M. | | sehr = 56 358,— M. | |
| | | | 4 804 951,73 |
| | | | 4 804 951,73 |

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3 212 919,06 M. Einlagen . . . = 160 600,95 M.
Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . = 163 447,39 M.
somit mehr . . . = 2 846,44 M.

Eberbach, den 20. Mai 1931. 9.522

Die Verwaltung der Bezirks-Sparkasse Eberbach.
Der Vorstehende: Der Geschäftsführer:
gez.: Dr. Franck, Bürgermeister. gez.: Dürroächter, Direktor.